

PRESSE-INFORMATION



**ÄRZTEKAMMER
HAMBURG**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Cannabis-Legalisierung

Zu wenig Jugendschutz und Prävention

Hamburg, 23. Februar 2024. Die Ärztekammer Hamburg kritisiert den heute zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf für eine Cannabis-Legalisierung.

„Insbesondere in den Bereichen Jugendschutz und Prävention müsste die vorgelegte Regelung mehr liefern. Aus medizinischer Sicht ist völlig klar, dass Cannabis-Konsum insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen negative Folgen für Gedächtnis- und Lernleistungen hat. Mir ist daher unerklärlich, warum der Gesetzgeber hier keine strengeren Vorschriften vorsieht“, so Kammerpräsident Dr. Pedram Emami. Auch bei der Prävention sieht Emami Nachholbedarf. So sei es fatal, in erster Linie auf eine digitale Aufklärungsplattform zu setzen und die lokale Präventionsarbeit zu schwächen. „Das ist zu wenig, um Jugendliche und junge Erwachsene wirklich zu erreichen“, sagte Emami. Auch die geplanten regionalen Konsumverbote rund um Schulen und Jugendeinrichtungen seien in der Praxis nur schwer umzusetzen, zumal in einer dicht besiedelten Stadt wie Hamburg. „Es ist auch ein Irrglaube anzunehmen, dass eine Legalisierung von Cannabis zu weniger Konsum und größerem Risikobewusstsein bei Jugendlichen führt. Das Gegenteil ist der Fall, wie z. B. der Suchtstoffkontrollrat der Vereinten Nationen in seinem Jahresbericht 2022 unterstreicht“, so Emami.

PD Dr. Birgit Wulff, Vizepräsidentin der Kammer ergänzte: „Die vergleichenden Studien zeigen, dass in Ländern, in denen bereits legalisiert wurde, der Konsum insgesamt weiter angestiegen ist und die erhofften Auswirkungen auf die organisierte Kriminalität so nicht eingetreten sind.“

Insgesamt appellieren Emami und Wulff daher an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, den Gesetzentwurf für die Cannabis-Legalisierung abzulehnen. Mit Blick auf bereits legalisierte Drogen geben sie außerdem zu bedenken: „Die Folgen des

Konsums von Alkohol und Nikotin belasten unser Gesundheitssystem schon heute stark. Auch daher sehen wir keinen Grund, eine weitere gesundheitsschädliche Substanz zu legalisieren.“

Pressestelle der Ärztekammer Hamburg

Telefon: 040/ 20 22 99 200

Rückfragen an: Sebastian Franke / 23.2.2024